

## KURZ UND PRÄGNANT

### Polizei-Methoden

Nach einem Spiegel-Bericht wurden durch Ermittler der Polizeiinspektion Suhl Korrespondenzen und Kontakte zwischen der Abgeordneten Martina Renner und einem freigestellten Personalrat der Polizei und aktiven Gewerkschaftskollegen der GdP durchforstet. Es sei der komplette Facebook-Account des Beamten - inklusive persönlicher Nachrichten - durchsucht und Verdächtiges aufgelistet worden.

Dazu Bodo Ramelow: „Es geht hier um dienstliche und vertrauliche Kontakte der innenpolitischen Sprecherin meiner Fraktion mit einem Polizeivertreter, der als gewählter Personalrat die Interessen seiner Kollegen zu vertreten hat. Wir sprechen von einer Zeit gerade vor und während der Polizeireform!“

DIE LINKE hat einen Anwalt mit der Rechtsvertretung von Martina Renner, die auch stellvertretende Vorsitzende ist, beauftragt. „Was hier veranlasst wurde, ist eine rechtswidrige Behinderung der Tätigkeit von gewählten Abgeordneten und von Arbeitnehmervertretern! Es ist unerträglich, dass durch diese höchst befremdlichen Methoden der Polizei neben einem Polizeigewerkschafter auch Journalisten sowie mehrere LINKE-Landtagsabgeordnete ins Visier genommen wurden. Neben dem von uns veranlassten prozessualen Vorgehen fordern wir die Landesregierung auf, diesem Treiben unverzüglich ein Ende zu setzen und für die Zukunft auszuschließen“, so der Fraktionsvorsitzende. ■

### Vorratsdatenspeicherung

„Die anlasslose Speicherung von Verbindungsdaten und vielleicht sogar -inhalten stellt eine weitere Aushöhlung der Grundrechte dar“, sagte MdL Katharina König anlässlich der Anhörung zur Vorratsdatenspeicherung im Petitionsausschuss des Bundestages am 15. Oktober. „Besonders problematisch ist das natürlich beim Kontakt mit Personen, gegenüber denen man ein bestimmtes Vertrauensverhältnis braucht: etwa Anwälten oder auch Ärzten.“

Dabei verweist die Linksfraktionärin auch auf den schweren Eingriff in die Korrespondenz der Abgeordneten Martina Renner (s.oben). Die Verbrechen des NSU als Argument für eine Vorratsdatenspeicherung zu nutzen, wie dies aus Reihen der CDU zum Teil geschieht, sei „schäbig, denn es zeigt sich ja gerade hier, dass nicht das Fehlen von Ermittlungsmethoden, sondern falsches Handeln und Einordnen sowie gefährliche Einstellungen bei Behörden das Problem sind“. ■

# Kommunalfinanzen am Bedarf vorbei geplant

Landesregierung legt Doppelhaushalts-Entwurf vor/Kritik an KFA-Berechnungsgrundlage

**Auch wenn nach letzten Meldungen vor Redaktionsschluss des Parlamentsreports die Koalitionsfraktionen von CDU und SPD weitere Korrekturen an den Kommunalfinanzen nicht ausschließen und sie die Sorgen der Kommunen über die Haushaltsplanung des Landes angeblich ernst nehmen wollen, gibt es weitere Proteste an der Vorgehensweise der Landesregierung, die vor allem auch von der LINKEN unterstützt werden.**

Der haushaltspolitische Sprecher der Landtagsfraktion der LINKEN, Ralf Kalich, kritisierte insbesondere die Berechnungsmethode des geplanten neuen Kommunalen Finanzausgleichs: „Wer die dürrtigen Ausgaben des Jahres 2010 als tatsächlichen Bedarf ausgibt, schreibt die Unterfinanzierung der Kommunen langfristig fest.“ Der Abgeordnete war vor allem über die Festlegung des Finanzministers empört, wonach die Ausgaben der Kommunen im Jahr 2010 auch der echte Bedarf in dem Jahr gewesen sein soll.

Dabei musste aufgrund der desolaten Finanzlage im Jahr 2010 in den Kommunen auf Verschleiß gefahren werden. „Das geht mal ein paar Jahre, aber irgendwann muss auch mal wieder investiert werden“, betonte Ralf Kalich. Da der Finanzminister dieses „Fahren auf Verschleiß“ als Bedarf ausgegeben habe, werde die kommunale Finanznot im Gesetz auf ewig zementiert. „Da kann der Finanzminister noch so toll rechnen, wenn die Ausgangszahl auf einer falschen Annahme beruht, dann wackelt das Fundament,

auf dem der Kommunale Finanzausgleich aufbaut.“

Im Übrigen sieht die Fraktion DIE LINKE bei dem jetzt im Landtag zur ersten Beratung anstehenden Haushaltsplanentwurf 2013/2014 die Vorhaben der Landesregierung zur Privatisierung der Hausmeister im Liegenschaftsmanagement und die Privatisierung von Aufgaben des Eichamts kritisch.

**Stärkung der Schulsozialarbeit längst überfällig!**

„Nach drei Jahren CDU-SPD-Koalition in Thüringen kommt es zu dem schon lange versprochenen Landes-

den jetzt von der Landesregierung vorgelegten Haushaltsentwurf. „Bei mehr als 1000 Schulen im Land muss allerdings immer noch die Mehrheit ohne Schulsozialarbeit auskommen, denn mehrere Schulen von einem Sozialarbeiter betreuen zu lassen, würde die Chancen gelingender Schulsozialarbeit behindern.“

Im besten Fall sind sie Brandlöscher, die von einem Fall zum nächsten eilen müssen“, so die Politikerin der LINKEN weiter. Die multiprofessionelle Schule, in der Bildung ganzheitliche Aufgabe und ganzheitlicher Prozess ist, sollte Ausgangspunkt für Personalfragen im Bildungsbereich sein. „Genau als sol-

ches unterstützendes Moment sollte erfolgreiche Schulsozialarbeit verstanden werden“, sagte Katharina König weiter.

„Hätte die Thüringer Koalition bereits in den letzten Jahren auf die refinanzierten Beschlussvorlagen unserer Fraktion zum Ausbau und zur Stärkung von Schulsozialarbeit nicht immer nur mit Ablehnung reagiert, so hätten wir eine kontinuierlichere Entwicklung an den Schulen erreicht.“

Mit dem Landeshaushalt können wir uns allerdings sicher sein, dass dieser längst überfällige Beschluss wohl auch leider schon der letzte seiner Art in dieser Legislatur seitens der Landesregierung gewesen sein wird“, betonte die Jugendpolitikerin. ■



programm Schulsozialarbeit. Die zusätzlichen Stellen sind natürlich ein Fortschritt, erfüllen aber nur teilweise die Hoffnungen von Lehrern, Eltern, Schülern und Sozialpädagogen“, erklärte die Sprecherin für Jugendpolitik der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Katharina König, mit Blick auf

## Demonstration neoliberaler Arroganz

*Ein wiederholter Anlauf für eine Diskussion des neuen Ladenöffnungsgesetzes am 11. Oktober im Sozialausschuss des Landtags wurde wieder verschoben. Offenbar gebe es „nach wie vor Unstimmigkeiten innerhalb der Koalition“, sagte MdL Karola Stange und nannte es „einen unhaltbaren Zustand für die Verkäuferinnen“, für die es weiter unklar bleibt, ob sie nun höchstens*

*zwei Samstage im Monat arbeiten oder ob diese Regelung aufgeweicht wird. Erneut hatten sie deshalb am Landtag für ihre zwei freien Samstage demonstriert. Dass sie es nicht direkt vor dem Hohen Haus tun konnten, dafür hatte die FDP-Fraktion gesorgt.*

*Ihr Abgeordneter Thomas Kemmerich hatte sich beeilt, eine Demo gegen das neue Ladenöffnungsgesetz anzumelden und obwohl kein Mensch kam, beharrte die FDP darauf, dass der Platz belegt sei. – Eine Demonstration neoliberaler Arroganz allemal.*



## Brückenschlag Hessen-Thüringen

Im Rahmen der Workshop-Reihe „Kommunalpolitischer Brückenschlag Hessen-Thüringen“, organisiert von der Rosa-Luxemburg-Stiftung mit Unterstützung der Landtagsfraktionen der LINKEN Hessen und Thüringen, findet am Donnerstag, den 1. November, in Arnstadt die Veranstaltung „Rekommunalisierung – Chancen und Risiken“ statt.

In der Zeit von 11.00 bis 17.30 Uhr wollen sich in der Arnstädter Stadthalle, Brauhausstraße 1-3, vor allem Kommunalpolitiker der LINKEN beider Länder unter dem Stichwort Rekommunalisierung u.a. mit der Abfallwirtschaft und der Energieversorgung beschäftigen.

Unter den Referentinnen und Referenten die Landrätin des Ilmkreises, Petra Enders (LINKE), der kommunalpolitische Sprecher der Linksfraktion im Thüringer Landtag, Frank Kuschel, und der wirtschaftspolitische Sprecher der LINKEN im Frankfurter Römer, Lothar Reininger. ■